

## Konjunktur sozial stärken

### Caritas regt Investitionen in Altenheime und Krankenhäuser an

Von Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

**Derzeit werden intensive Verhandlungen über die Umsetzung des Konjunkturprogramms zur Bekämpfung der Rezession als Folge der Finanzkrise geführt. Die Caritas in NRW begrüßt ausdrücklich die Hilfen in den Bereichen Infrastruktur und Bildung. Wie wir hören, möchte das Land NRW ein eigenes Konjunkturprogramm auflegen, mit welchem Investitionsvorhaben der Wirtschaft gefördert werden sollen. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt aber wesentlich auch von dem Erhalt einer guten sozialen Infrastruktur ab, die viele Arbeitsplätze sichert und auch neue schafft.**

Die Caritas in NRW mit über 200 000 Beschäftigten regt deshalb Investitionen für soziale Einrichtungen aus dem Konjunkturprogramm an. Einrichtungen der Altenhilfe, Behindertenhilfe und Jugendhilfe müssen neben den Krankenhäusern erhebliche Mittel für die Anpassung ihrer Einrichtungen an die aktuellen Anforderungen investieren. Häufig müssen diese bislang jedoch mangels geeigneter Finanzierungsmöglichkeiten zurückgestellt werden oder lassen sich gar nicht verwirklichen.

Eine Beteiligung dieser Einrichtungen an den Konjunkturprogrammen würde die Situation vieler Menschen verbessern und gleichzeitig zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Bauindustrie und im Handwerk beitragen. Außerdem führen diese Investitionen

zu nachhaltigen Effekten im Sinne einer Entlastung der Bürger und der Sozialhilfe und verpuffen nicht in einem kurzfristigen Effekt wie die Prämie für einen Autokauf. Anhand der Altenhilfe möchten wir diese nachhaltigen Effekte beispielhaft aufzeigen,

### Beispielrechnung

**Heute:** Ein Altenheim muss sechs Mio. Euro investieren und zahlt allein im ersten Jahr 300 000 Euro Zinsen für das entsprechende Darlehen auf dem Kapitalmarkt (angenommener Zins: 5 %).

**Caritas-Vorschlag:** Beim Landesdarlehen (drei Millionen) zahlt die Einrichtung 15 000 Euro Verwaltungsgebühr (0,5 %). Drei Millionen auf dem Kapitalmarkt kosten dann noch 120 000 Euro (angen. Zins 4 %, da geringeres Risiko wg. komplementärer Landesfinanzierung). Macht zusammen 135 000 Euro Zinsen, das ergibt eine Ersparnis von 165 000 Euro gegenüber den heutigen Zinskosten.

Die Ersparnis kommt vollständig den Senioren und den Kommunen zugute: Bezogen auf den einzelnen Bewohner ergibt sich eine Einsparung von 4,62 Euro/Tag Investitionskosten, das sind monatlich rd. 140 Euro pro Bewohner. Somit ergeben sich 1 680 Euro/Jahr, die der Selbstzahler (ca. 50 % der Bewohner) ausgeben kann. Die Ersparnis der anderen 50 % kommt der Kommune zugute, da die Hälfte der Bewohner auf Pflegegeld angewiesen ist. ◀

die sich neben der Ankurbelung von Industrie und Handwerk ergeben.

Eine Einrichtung mit 100 Betten muss ca. 6 Mio. Euro investieren, um den baulichen Anforderungen des Landespflegegesetzes zu entsprechen.

Nach den jüngsten Änderungen der zugehörigen Verordnung (GesBerVO) muss sie dieses Kapital vollständig auf dem Kapitalmarkt aufnehmen und die Kredite sind über 50 Jahre in der Tilgung refinanziert. Zu solchen Konditionen finanziert jedoch kaum eine Bank eine Sozialimmobilie, weshalb die Bauaktivitäten faktisch zum Erliegen kommen werden. Vor 2003 hat das Land 50 Prozent der Baumaßnahmen mit einem zinslosen Kredit unterstützt und damit den Banken auch die Sicherheit für die andere 50-prozentige Finanzierung am Kapitalmarkt gegeben. Im Rahmen eines Konjunkturprogrammes könnte man wieder zur alten Regelung zurückkehren und mehrere nachhaltige Effekte auslösen: Sanierung von Altenheimen, dadurch Förderung der Bauwirtschaft, Konsumanregung bei Senioren oder ihren Enkeln, Entlastung von Kommunen.

Diese Einsparungseffekte sind nachhaltig und kommen breiten Schichten der Bevölkerung über Jahrzehnte zugute. Mit 1 Mrd. Euro Fördermittel, die 1 Mrd. Euro Kapitalmarktmittel nach sich ziehen, ließen sich rund 33 300 Plätze umbauen. Weitere positive Effekte zusätzlicher Investitionen in der Gesundheitshilfe, die bereits im Gespräch sind, werden durch die aktuelle Prognosestudie „Schlüsselbranchen für ein Konjunkturpaket“ vom 9.1.2009 untermauert und stützen unsere Forderung nach der Beteiligung sozialer Unternehmen am Konjunkturprogramm. ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“  
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Kaiserswerther Str. 282–284

40474 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



# Zukunft der Förderschulen

## Caritas fordert Weiterentwicklung des Systems der Förderschulen und mehr Kooperationen mit der Regelschule statt pauschaler Diffamierung

**Förderschulen bieten ein Lernumfeld und besonders geschulte Lehrer für die Kinder, die aufgrund von Behinderungen in der allgemeinen Schule kaum eine Chance hätten. Doch längst tobt ein Streit in Politik und Pädagogik, ob diesen Kindern nicht durch integrativen Unterricht in der Regelschule besser geholfen werde. Befürworter und Gegner der integrativen Beschulung haben beide gute Argumente. Entscheidend ist die Praxis, da zählen Ausstattung und Rahmenbedingungen – und die lassen oft zu wünschen übrig.**

„Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen ...“ – so fordert die am 1. Januar 2009 in Kraft getretene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Dies ist eine deutliche Infragestellung des Systems der Förderschulen, die in Nordrhein-Westfalen auch in der Trägerschaft der Caritas stehen. Haben diese Förderschulen noch eine Zukunft? Und wenn ja, wie müssen sie sich weiterentwickeln, damit sie den Anforderungen der UN-Konvention Genüge tun?

Die Frage nach der Zukunft der Förderschulen ist von großer Brisanz: Auf der einen Seite stehen beispielsweise neun Förderschulen in Trägerschaft der Caritas im Bistum Münster, die einen wichtigen Beitrag in der Behindertenhilfe in der Diözese Münster leisten. Auf der anderen Seite nehmen die Forderungen nach einer generellen Abschaffung der Förderschulen zu. Zuletzt kritisierte öffentlichkeitswirksam der Spiegel (2/2009) unter der effektheisenden Überschrift „Die unverdünnte Hölle“ die angeblich vollständig fehlende Integrationsleistung der Förderschulen.

Eine eher vermittelnde Position nehmen Fachleute aus den Ministerien ein: Sowohl Regierungsdirektor Erich Weigl vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultur als auch Abteilungsdirektor Reinhard Aldejohann vom nordrhein-westfälischen Schulministerium unterstrichen kürzlich auf einer Veranstaltung des Diözesan-Caritasverbandes Münster in der Reihe „Caritas am Ring“ einerseits die

Notwendigkeit des Erhaltes des Systems der Förderschulen, andererseits forderten sie jedoch dringend verstärkte Bemühungen um eine Regelbeschulung von Kindern mit Behinderungen und um eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Förderschulen und Regelschulen. Weigl erläuterte am Beispiel der bayrischen Förderzentren und der mobilen sonderpädagogischen Dienste, die zu den Schülern mit Behinderungen in die Klassen der Regelschule gehen, wie so viel Integration wie möglich erreicht werden kann. Trotzdem, daran ließ Weigl keinen Zweifel, „darf die erworbene Kompetenz in der Sonderpädagogik nicht aufgegeben werden“, insbesondere da sich immer noch die Mehrheit der Eltern für eine Beschulung in der Förderschule entscheide.

### Sonderpädagogische Kompetenzzentren auch für freie Träger öffnen

In Nordrhein-Westfalen soll die verstärkte Integration in die Regelschule durch das Modell der sonderpädagogischen Kompetenzzentren umgesetzt werden.

Scharf kritisiert wurde im Rahmen dieser Veranstaltung die Tatsache, dass Schulen in freier Trägerschaft – wie z. B. der Caritas – bisher von diesem Modellprojekt ausgeschlossen sind. Deutlich wurde auch, dass die Frage der Integration ganz entscheidend von der weiteren Entwicklung des Regelschulsystems abhängt: Weiterer Leistungsdruck und Verdichtung des Lehrplans werden Integration eher erschweren. Dies alles spricht dafür, beide Strategien im Interesse der Kinder mit Behinderungen und ihrer Eltern weiterzuverfolgen: sowohl alles im Sinne einer besseren Integration zu tun und gleichzeitig das System der Förderschulen zu erhalten und qualitativ weiter auszubauen.

Nur so kann auch dem Wahlrecht der Eltern tatsächlich Rechnung getragen werden.

An diesen Entwicklungen müssen meiner Meinung nach im Sinne der betroffenen Kinder und ihrer Familien die Anstrengungen der Caritas zur Weiterentwicklung ihrer Förderschulen, aber auch die politischen Forderungen an die Landesregierung ansetzen. Die Träger der Förderschulen sind aufgerufen, bereits heute zu prüfen, wie auch unterhalb des Modells eines sonderpädagogischen Kompetenzzentrums Kooperationen mit der Regelschule verstärkt werden können. Auch müsste überprüft werden, inwieweit die bayrischen Erfahrungen der mobilen Dienste mit den Erfahrungen in der Caritas bei der Ausgestaltung ambulanter Hilfestellungen wie z. B. dem familienunterstützenden Dienst gekoppelt werden können und sich so eine Dienstleistung für Kinder, Eltern und Schulen bei der Regelbeschulung entwickeln lässt.

### Überaltete Curricula in NRW

Gleichzeitig fordert die Caritas die Landesregierung auf, dringend Möglichkeiten zum Einbezug der Förderschulen in Trägerschaft der Caritas in das Modellprojekt „Sonderpädagogische Kompetenzzentren“ zu entwickeln: die genannten dienstrechtlichen Hindernisse lassen sich – den tatsächlichen Willen vorausgesetzt – sicher leicht überwinden. Einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des Förderschulsystems könnte die Landesregierung darüber hinaus mit einer Fortschreibung der überalterten Curricula leisten. ◀

*Heinz-Josef Kessmann,*

*Diözesan-Caritasdirektor in der Diözese Münster*



**Sie hören nicht auf sich zu bewerben, obwohl ihre Chancen 1:1000 stehen.**

# Kinderregelsätze neu berechnen

## Caritas begrüßt Urteil zu Hartz-IV-Leistungen für Kinder

**Die Caritas in NRW hat das Urteil des Bundessozialgerichts zur pauschalen Begrenzung des Regelsatzes für Kinder begrüßt. Der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders sprach von einem Schritt in die richtige Richtung. Das Gericht hatte die Höhe der Zahlungen am Dienstag für verfassungswidrig erklärt. Die Regelsätze dürften nicht einfach durch einen prozentualen Abschlag vom Satz für Erwachsene abgeleitet werden, sondern müssten für Kinder nach deren eigenständigem Bedarf errechnet werden. Die Caritas fordert nun eine schnelle Anpassung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II für Kinder an den tatsächlichen Bedarf.**

In ihren vielfältigen Diensten und Einrichtungen erfahre die Caritas immer wieder, dass für viele, gerade kinderreiche Familien das Existenzminimum nicht ausreicht, um ein Leben in Würde führen zu können, sagte Schröders. „Oft ist schon zur Monatsmitte das Geld zu Ende, der Kühlschrank leer und die Vorräte erschöpft, was dann dazu führt, dass Kinder ohne Frühstück bleiben, ohne Pausenbrot zur Schule geschickt werden oder das Geld für ein warmes Mittagessen nicht reicht“, betonte der Aachener Diözesan-Caritasdirektor. Die unzureichende Versorgung der Kinder und Jugendlichen sei ein wesentlicher Grund für die intensive Inanspruchnahme von existenzunterstützenden Hilfen der Freien Wohlfahrtspflege. Tafeln, Warenkörbe und Lebensmittelgutscheine seien aber im Grunde ein „Armutzeugnis für den Sozialstaat“, sagte Schröders. Arm ist, wer nicht mithalten kann, wem die Teilhabe an der Gesellschaft verweigert wird. Deshalb ist nach Meinung der Caritas jetzt schnellstens politisches Handeln notwendig. Bedarfsdecken-

de, existenzsichernde Kinderregelsätze müssen berechnet und gesetzlich abgesichert werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass Kinder eine Investition für die Zukunft sind und neben Verpflegung und Pflege auch Bildung, Betreuung, vielfältige Förderung und Bekleidung unbedingt benötigen. „Es darf nicht weiterhin so sein, dass mit jedem Kind die Gefahr der Verarmung von Familien steigt“, forderte der Caritasdirektor. Er kündigte an, dass die Caritas im Kommunalwahlkampf die Volksvertreter mit der Forderung nach einem bedarfsdeckenden existenzsichernden Kinderregelsatz konfrontieren werde.

Die Caritas in NRW hatte eine Bundesratsinitiative von NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) unterstützt, der sich ebenfalls für eine eigenständige Berechnung der Regelsätze für Kinder stark macht.

Andreas Meiwes, Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Essen, begrüßte Äußerungen Laumanns zum Hartz-IV-Urteil. Zusätzlich machte Meiwes noch deutlich, dass der Weg aus Armut und aus prekären Lebenssituationen nur über eine vernünftige Bildung und Ausbildung möglich sei. Dies setze voraus, dass auch die 422 000 Kinder in NRW, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, die Möglichkeit einer besseren Teilhabe in Schul- und Bildungsfragen haben. „Der Regelbedarf für Bildungsausgaben muss sich eher an den Bildungsausgaben von Familien mit mittlerem Einkommen orientieren als an den Bildungsausgaben, die Familien im untersten Einkommenssegment durchschnittlich tätigen. Letzteres würde die Bildungsungerechtigkeit sogar zementieren und somit die Zugänge zur Bildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche erschweren“, so der Essener Diözesan-Caritasdirektor. ◀

Markus Lahrmann

## Lüttig als Caritas-Direktor eingeführt

**Josef Lüttig (51), bislang stellvertretender Direktor der Caritas im Erzbistum Paderborn, ist als neuer Direktor eingeführt worden. Zugleich wurde sein Vorgänger Volker Odenbach (65) nach 18 Amtsjahren in den Ruhestand verabschiedet.**

Erzbischof Hans-Josef Becker würdigte dessen soziale Verdienste in einem Pontifikalamt im Dom. Odenbach habe viel dazu beigetragen, das „Markenzeichen“ des christlichen Profils von Caritas-Einrichtungen auszubauen.

Dem neuen Direktor Lüttig, so Erzbischof Becker beim anschließenden Festakt vor 300 Teilnehmern, sei der „leidige und oft kritisierte Spagat zwischen Barmherzigkeit und Sozialunternehmen, zwischen Herz und Kommerz“ bereits vertraut. Der Theologe und Sozialarbeiter werde eine Balance zwischen dem Anspruch des Evangeliums und wirtschaftlichem Handeln finden müssen. „Halten Sie das Feuer am Brennen“, forderte Becker den neuen Diözesan-Caritasdirektor auf.

Lüttig dankte für die neue Aufgabe und verglich sie mit einem Marathon: „Es kommt darauf an, einen klaren Willen, langen Atem, die richtige Einteilung der Kräfte und Respekt vor der Aufgabe zu haben.“ Der 1957 in Paderborn geborene Lüttig arbeitete nach dem Studium von 1984 bis 1991 im Missionsreferat des bischöflichen Generalvikariats. Danach wechselte er zur Caritas. Sein Schwerpunkt war die Qualitätsentwicklung. Er leitete die Fachstelle Personal- und Organisationsentwicklung und gehört der Geschäftsführung des diözesanen Ethikrates an. Die Caritas im Erzbistum koordiniert als Spitzenverband die Arbeit von 1 900 Einrichtungen und Diensten mit 46 000 Mitarbeitern. Hinzu kommt die Unterstützung von mehr als 26 000 Ehrenamtlichen. ◀



Josef Lüttig

### Impressum

**Caritas in NRW – AKTUELL**  
Lindenstr. 178, 40233 Düsseldorf,  
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25;  
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,  
Web: www.caritas-nrw.de

**Herausgeber:** Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

**Chefredakteur:** Markus Lahrmann  
**Abo-Fragen:** Monika Heinemann,

Tel.: 02 11/51 60 66 20,  
E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de  
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn  
**Anzeigenverwaltung:** Bonifatius GmbH  
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,  
Karl Wegener, Tel.: 052 51/153-220;  
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

# Nur Minilöhne für Demenz-Betreuer?

## Wohlfahrtsverbände eingezwängt im engen Finanzrahmen

**Das durch den Bundestag beschlossene Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung sieht in § 87b verbesserte Betreuungsangebote für an Demenz erkrankte Menschen vor. Zwischen den Pflegekassen und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in NRW wurde ein Kompromiss gefunden, der den Wohlfahrtsverbänden große Schwierigkeiten bei der Umsetzung bereitet, denn für die mit der Betreuung beauftragten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen steht nicht genügend Geld für eine angemessene Bezahlung zur Verfügung.**

Jeder an Demenz erkrankte, in einer stationären Pflegeeinrichtung lebende Mensch hat nach Maßgabe des Gesetzes (SGB XI) nun Anspruch auf Betreuung durch zusätzliche Kräfte. Im Durchschnitt sollen 25 Bewohner von einer Zusatzkraft betreut werden. Pro Bewohner stellen die Pflegekassen den Trägern der Pflegeeinrichtungen dafür monatlich 100 Euro zur Verfügung. Somit stehen für eine Vollzeitbetreuungsstelle durchschnittlich 2 500 Euro brutto monatlich zur Verfügung inklusive Arbeitgeberanteilen sowie Arbeitsplatz- und Sachkosten. „Mit dieser Summe“, so der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege in NRW Wolfgang Altenbernd, „können die tarifgebundenen Wohlfahrtsverbände höchstens das Einstiegsgehalt in der niedrigsten Lohnstufe zahlen.“ Auch sei eine zeitliche Befristung der Arbeitsverträge unumgänglich, da bereits das tariflich nach

bestimmter Beschäftigungsdauer vorgesehene Erreichen der nächsten Gehaltsstufe nicht mehr finanzierbar sei. Aufgrund der monatlichen Neuberechnung und den damit verbundenen Schwankungen der Förderung werden die meisten Träger mit den Mitarbeitern überwiegend Teilzeitverträge mit der Option auf kurzfristige Aufstockung abschließen müssen.

„Besonders bedauerlich ist“, so Altenbernd weiter, „dass wir für die Betreuungsaufgaben keine bereits länger beschäftigten Mitarbeiter, von denen wir genau wissen, dass sie für diese anspruchsvolle Aufgabe gut qualifiziert sind, auswählen können. Der Grund ist, dass deren tarifliche Eingruppierung den von den Pflegekassen bereitgestellten Finanzierungsrahmen sprengen würde.“ Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen werden die stationären Pflegeeinrichtungen der Wohlfahrtsverbände

zusätzliche Betreuungskräfte einsetzen. Für 2010 haben Kassen und Verbände neue Verhandlungen verbindlich vereinbart. „Spätestens dann“, so Altenbernd, „muss über die Höhe der Finanzierung und die daraus resultierende Bezahlung der Mitarbeiter sowie über eine radikale Entbürokratisierung des Verfahrens geredet werden.“ ◀

## Kritik am Sparkurs der WAZ

**Mit Sorge beobachtet die Freie Wohlfahrtspflege in NRW die Sparpläne der WAZ Mediengruppe. Sie fordert „publizistische Vielfalt und den Erhalt der lokalen Berichterstattung“.**

Die angekündigte Einsparung von 30 Millionen Euro wird nicht nur, so die Befürchtung der Wohlfahrtsverbände, zum Verlust mehrerer Hundert journalistischer Arbeitsplätze, sondern auch zu einschneidenden Veränderungen in der Berichterstattung über soziale Themen führen.

„Soziale Themen sind überwiegend Themen der lokalen Berichterstattung“, stellt der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Wolfgang Altenbernd fest. „Die Information über relevante Veränderungen, zum Beispiel in der Pflegeversicherung oder im Kinderbildungsgesetz (KiBiz), sind für die Leserschaft nur dann komplett, wenn die Auswirkungen für die lokalen Einrichtungen wie Kindergärten und Pflegeheime und die dort betreuten Menschen beschrieben werden“, ist sich Altenbernd sicher. Deshalb fordern die Wohlfahrtsverbände, die lokale Berichterstattung in vollem Umfang zu erhalten und die Lokalredaktionen zu stärken.

„Viel zu oft wurden in den vergangenen Jahren“, so Altenbernd weiter, „soziale Themen und Fragen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Skandalträchtigkeit publiziert.“ Nach Einschätzung der Wohlfahrtsverbände hebt sich die Berichterstattung der WAZ Mediengruppe in diesem Punkt bisher wohltuend von vielen anderen Publikationen ab. „Dieses Niveau“, fordert Altenbernd, „muss auch zukünftig gehalten werden.“ Dies sei nur mit einer ausreichenden Zahl gut qualifizierter und umfassend recherchierender Journalisten möglich. Nur wenn Hintergründe, Zwischentöne und Kommentare die Berichterstattung über sozialpolitische Entwicklungen begleiten, würden die Medien ihrer gesellschaftspolitischen Funktion gerecht. ◀

## Führungswechsel beim Malteser-Hilfsdienst



Rudolph Erbprinz von Croy (52; 3. v. l.) ist neuer Landesbeauftragter des Malteser Hilfsdienstes in Nordrhein-Westfalen. Er löst Wilderich Graf von Schall-Riauour (2. v. re.) ab. Zum neuen Landesgeschäftsführer wurde Oliver Mirring (42, li.) ernannt. Er tritt die Nachfolge von Benedikt Liefländer (re.) an. Der geschäftsführende Präsident des Malteser Hilfsdienstes, Johannes Freiherr von Heereman (2. v. li.), berief die neuen Amtsträger im Rahmen eines Festaktes in Düsseldorf. Daran nahm auch NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) teil. Der Malteser Hilfsdienst setzt sich mit 50.000 Haupt- und Ehrenamtlichen für 7 Millionen Menschen im Jahr weltweit ein.

## Kontaktnetz für Schwangere

**Paderborn** – Die Schwangerschaftsberatung im Erzbistum Paderborn will Frauen künftig mehr Unterstützung von Caritas- und Gemeindemitarbeiterinnen vermitteln. Es reiche oft nicht aus, Hilfesuchenden lediglich materielle Hilfen anzubieten“, sagte Anke Baule vom Diözesan-Caritasverband. Entscheidend für Schwangere und junge Mütter seien verlässliche Kontakte im unmittelbaren Lebensraum. Geplant ist der Aufbau eines Netzes von Kontaktfrauen auch aus dem Kreis der Caritas-Konferenzen und -Helfergruppen. Diese könnten nicht nur Ansprechpartner für junge Frauen und Mütter sein, sondern auch „Türöffner“ für weiterführende Hilfen und Angebote. Angelegt ist die Kampagne „Von Anfang an – gemeinsam leben lernen“ auf drei Jahre. ◀ (cpd)

## Kindergeld: Arme benachteiligt

**Paderborn** – Die Kindergelderhöhung zum Jahresanfang benachteiligt Kinder aus Arbeitslosen-Haushalten. Darauf hat der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn noch einmal aufmerksam gemacht. Das Gesetz sieht vor, dass Kinder und Jugendliche, die als Angehörige Leistungen nach dem Arbeitslosengeld II erhalten, praktisch von der Kindergelderhöhung ausgeschlossen werden, weil es auf den Regelsatz angerechnet wird. Sie erhalten außerdem nur bis zur 10. Klasse

Hilfen zur Anschaffung von Schulmaterial in Höhe von jährlich 100 Euro. „Unabhängig davon, wie weit dieses Gesetz verfassungsrechtlich Bestand hat, wird hier ein völlig falsches Signal gesetzt“, erklärte Christoph Eikenbusch vom Diözesan-Caritasverband. „Wie bei der letzten Kindergelderhöhung sollte auch diesmal darauf verzichtet werden, das Mehr an Kindergeld bei der Berechnung des Regelsatzes mit zu berücksichtigen.“ Auch die Begrenzung des Schulgeldes sei nicht nachvollziehbar und kontraproduktiv. ◀ (cpd)

## Kritik an staatlicher Jugendhilfe

**Münster** – Heftige Kritik an der Jugendhilfe hat der Vorsitzende des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht Thomas Mörsberger geübt. Statt Kinder tatsächlich zu schützen, gehe es zunehmend nur noch um die Meldung von Missständen, Kontrolle und das Abschieben von Verantwortung, sagte er auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Erzieherischen Hilfen der Caritas in Münster. Auf Ablehnung stieß dort das zwischenzeitlich vom Bundeskabinett beschlossene Kinderschutzgesetz, das in seinem Entwurf „ein Rückschritt in das Eingriffsrecht früherer Zeiten“ sei. Nicht weitere Vorschriften seien notwendig, sondern es müssten „die vorhandenen Gesetze konsequent angewendet werden“, hieß es vonseiten der Caritas-Experten. Die Caritas sehe mit Sorge, dass die Hil-

fe immer weiter hinter die Kontrolle zurücktrete. Durch die spektakulären Fälle von Kindesmissbrauch sei das Misstrauen zwischen Jugendämtern und den Freien Trägern der Jugendhilfe ebenso gewachsen wie die Neigung, die Schweigepflicht auszuhöhlen. ◀ (cpm)

## Konjunkturpaket begrüßt

**Aachen** – Die katholischen Krankenhäuser hoffen auf Mittel aus dem Konjunkturpaket II. „Somit können dringend notwendige Baumaßnahmen, die durch den vorherrschenden Investitionsstau des Landes NRW (14,8 Milliarden Euro) seit Jahren fertig in den Schubladen liegen, doch noch realisiert werden“, hofft Thomas Schellhoff, Vorsitzender der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft katholischer Krankenhäuser im Bistum Aachen. Zu einer qualifizierten medizinisch-pflegerischen Versorgung gehörten auch gut erhaltene und instand gesetzte Gebäude. „Jede Baumaßnahme stärkt den regionalen Mittelstand. Unsere Häuser arbeiten nahezu ausschließlich mit ortsansässigen Firmen zusammen. Beide Seiten haben davon Vorteile: Wir sind auf den ortsnahen und prompten Service angewiesen und die Firmen haben mit uns solide Kunden, die ihre Rechnungen bezahlen“, betonte Schellhoff. Er hoffe, dass die Verantwortungsträger in den Städten und Gemeinden die Mittel gerecht verteilen. ◀

## Enttäuschendes Gesamtergebnis

### Caritas kritisiert fehlende Mittel für Krankenhäuser

**Münster** – Das Gesetzgebungsverfahren zur Finanzierung der Krankenhäuser endete aus Sicht der Kliniken mit einem „verwässerten Hilfspaket und falschen ordnungspolitischen Weichenstellungen“.

Von einem enttäuschenden Gesamtergebnis sprach der Abteilungsleiter Gesundheitshilfe im Diözesan-Caritasverband Münster Klaus Schoch. Scharf kritisierte er, dass wegen vieler Bedingungen weniger als die von Bundesgesundheitsministerin Schmidt versprochenen zusätzlichen 3,5 Milliarden Euro fließen werden und die verbleibende

Summe auch erst später im Jahr gezahlt werde. Die höheren Tarife der Mitarbeiter müssten die Krankenhäuser aber seit dem 1. Januar zahlen.

Unverständlich findet Schoch, dass die Bundesregierung der Bahn höhere Fahrpreise wegen Kostensteigerungen genehmige, die Pflegesätze der Krankenhäuser aber seit

Jahren deckle. In diesem Jahr bekamen sie netto gerade einmal 0,14 Prozent mehr, in 2009 werden es 1,41 Prozent sein. „Inflationsrate, Energiekostensteigerung und acht Prozent mehr Gehalt für Mitarbeiter in zwei Jahren sind damit nicht auszugleichen“, sagt Schoch. Insgesamt beziffern die Kliniken in Deutschland ihren zusätzlichen Finanzbedarf mit 6,7 Milliarden Euro. Noch nie sei ein Gesetzgebungsverfahren in einer derart krankenhausesfeindlichen Atmosphäre verlaufen, so der Caritas-Mitarbeiter. Das Gesundheitsministerium habe es mit einer Flut von Änderungsanträgen „in geradezu chaotischer Weise belastet“. ◀ (cpm)

## Hilfe für irakische Flüchtlinge

**Essen/Mosul/Erbil – Rund 800 Flüchtlinge im Nordirak konnten erst einmal aufatmen. Dank einer Spende von rund 20 000 Euro konnten sie im Januar mit dem Notwendigsten versorgt werden. Die Caritas im Ruhrbistum half mit Lebensmitteln, Brennmaterial, Babynahrung und Medikamenten, die schlimmste Not zu lindern. Alles wurde vor Ort besorgt.**

Rund 10 000 Christen werden im Nordirak verfolgt und bedroht. Die Regierung ist nicht in der Lage, sie vernünftig zu schützen. Die Caritas im Bistum Essen versucht seit 2007 bereits, den intern geflüchteten Menschen im Nordirak zu helfen. Etwa 950 Familien leben in der weiteren Umgebung von Mosul in gemieteten Wohnungen, Pfarrgemeinden, in Klöstern, bei Verwandten oder bei anderen Christen. Die Lebensmittel- und Mietpreise sind sehr hoch, der Winter sehr kalt, sodass weitere Hilfen dringend notwendig sind. Rund 1 000 Familien sind nach Mosul zurückgekehrt, haben aber in der Regel ihre Existenz verloren, denn ihre Häuser und Geschäfte sind inzwischen von Moslems besetzt. Es gibt laufend Bedrohungen und Entführungen. „Es ist zwar der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein, was wir dort leisten können“, sagt Rudi Löffelsend, zuständig für die Auslandshilfe bei der Ruhr Caritas, „aber es hilft den Flüchtlingen und der Kirche dort, wenn sie spüren, dass sie nicht alleine gelassen sind.“ Dank einer großzügigen Spende der Deichmann-Stiftung in Höhe von 100 000 Euro kann die Caritas im Bistum Essen ihre Winterhilfen Anfang Februar fortsetzen. ◀

(cde)

## Lichtblicke: Wieder neuer Rekord

**Die Aktion Lichtblicke hat gleich zum Anfang des Jahres ein neues Rekordergebnis gemeldet. Zum Stichtag überschritt das Spendenbarometer die 2,5-Millionen-Euro-Marke, ein Plus von über 200 000 Euro im Vergleich zum Vorjahr.**

Trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeiten steigerten die Lokalradio-Hörer in NRW ihr Engagement für Not leidende Kinder und deren Familien in NRW abermals. Allein am 23. Dezember 2008 – dem traditionellen großen Lichtblicke-Spendentag – kamen 350 000 Euro zusammen, sodass schon vor Heiligabend insgesamt 1,7 Millionen Euro Spenden eingegangen waren. Während der Feiertage und zum Anfang des neuen Jahres war die Spendenfreudigkeit weiter ungebrochen hoch. Unter den mehr als 22 000 einzelnen Spendern befinden sich zahlreiche Einzelpersonen, aber auch größere Gruppen wie Kindergärten, Schulen, Vereine. Auch zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen zeigten mit gelungenen Aktionen ein großes Herz für Kinder in Not. Die Bandbreite reichte von Weihnachtsbasaren, Weihnachtskonzerten oder Glühweinverkäufen, deren Erlöse an Lichtblicke gingen, bis hin zu Mitarbeitern, die ihre Überstunden in bares Geld umwandeln ließen, um die Aktion zu unterstützen. Informationen zur Aktion Lichtblicke, die gemeinsam von Caritas, Diakonie und den Lokalradios mit Radio NRW initiiert wurde, sowie zum aktuellen Spendenstand unter [www.lichtblicke.de](http://www.lichtblicke.de) ◀